

8. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Herbstsession 2013



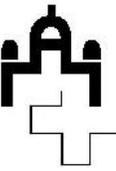
-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

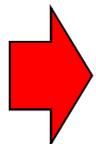
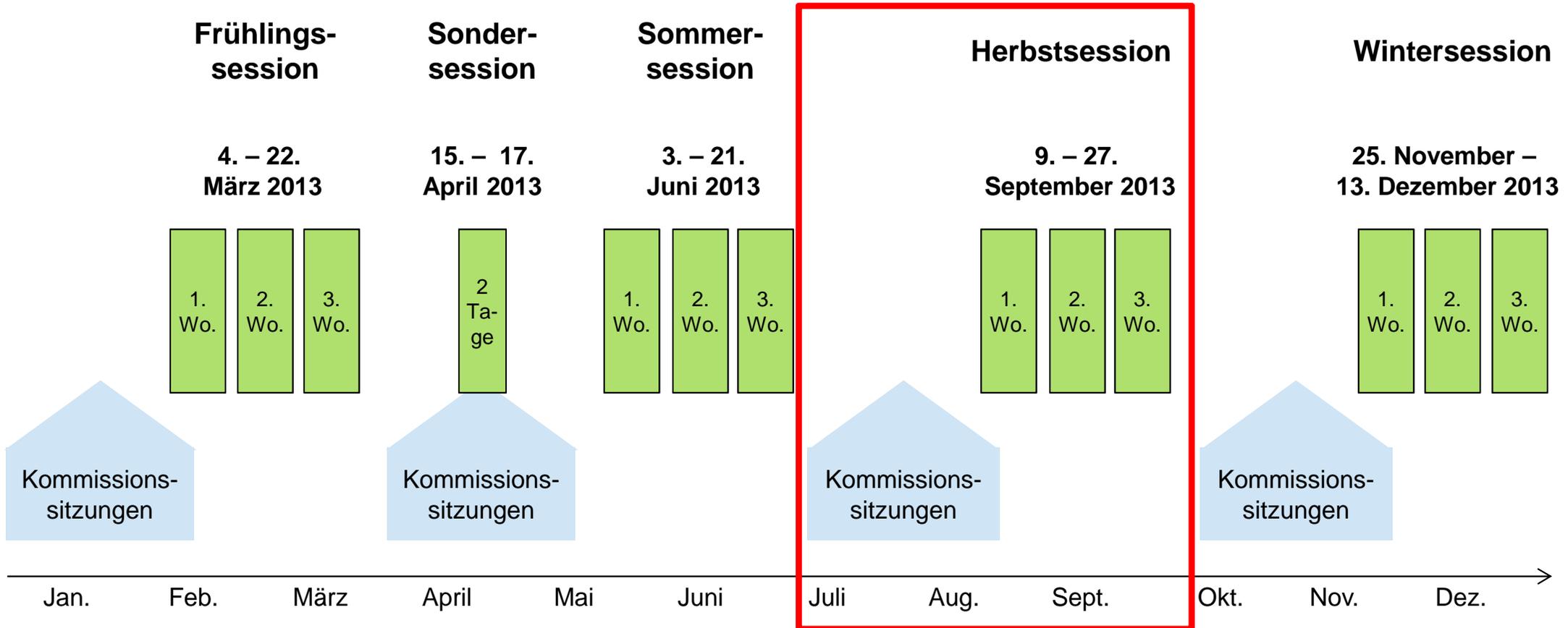
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

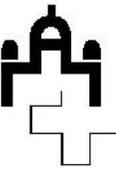
4. Aktualitäten



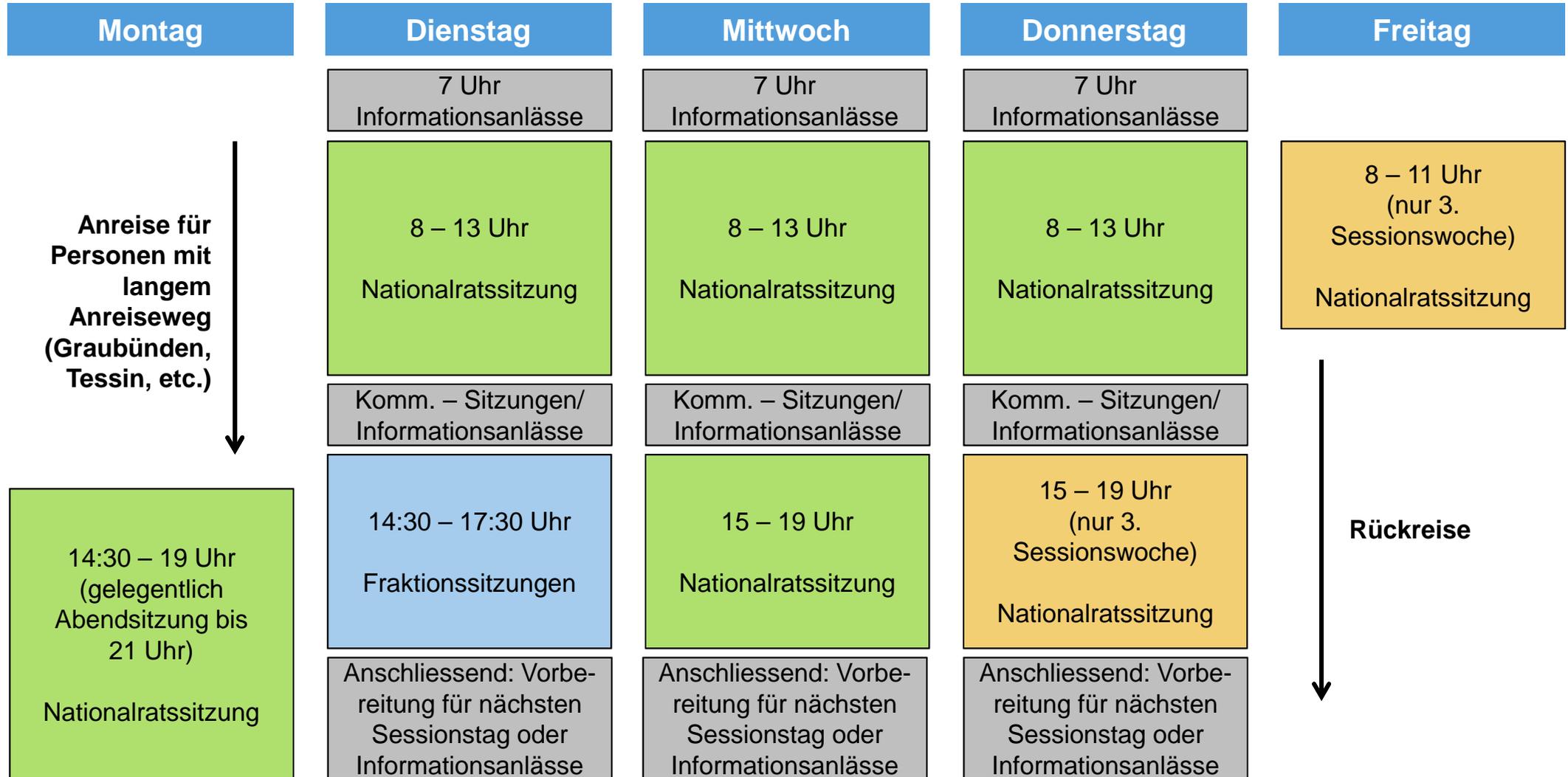
In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Herbstsession, sowie über die Kommissionssitzungen bis dahin

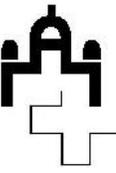


Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissionssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt

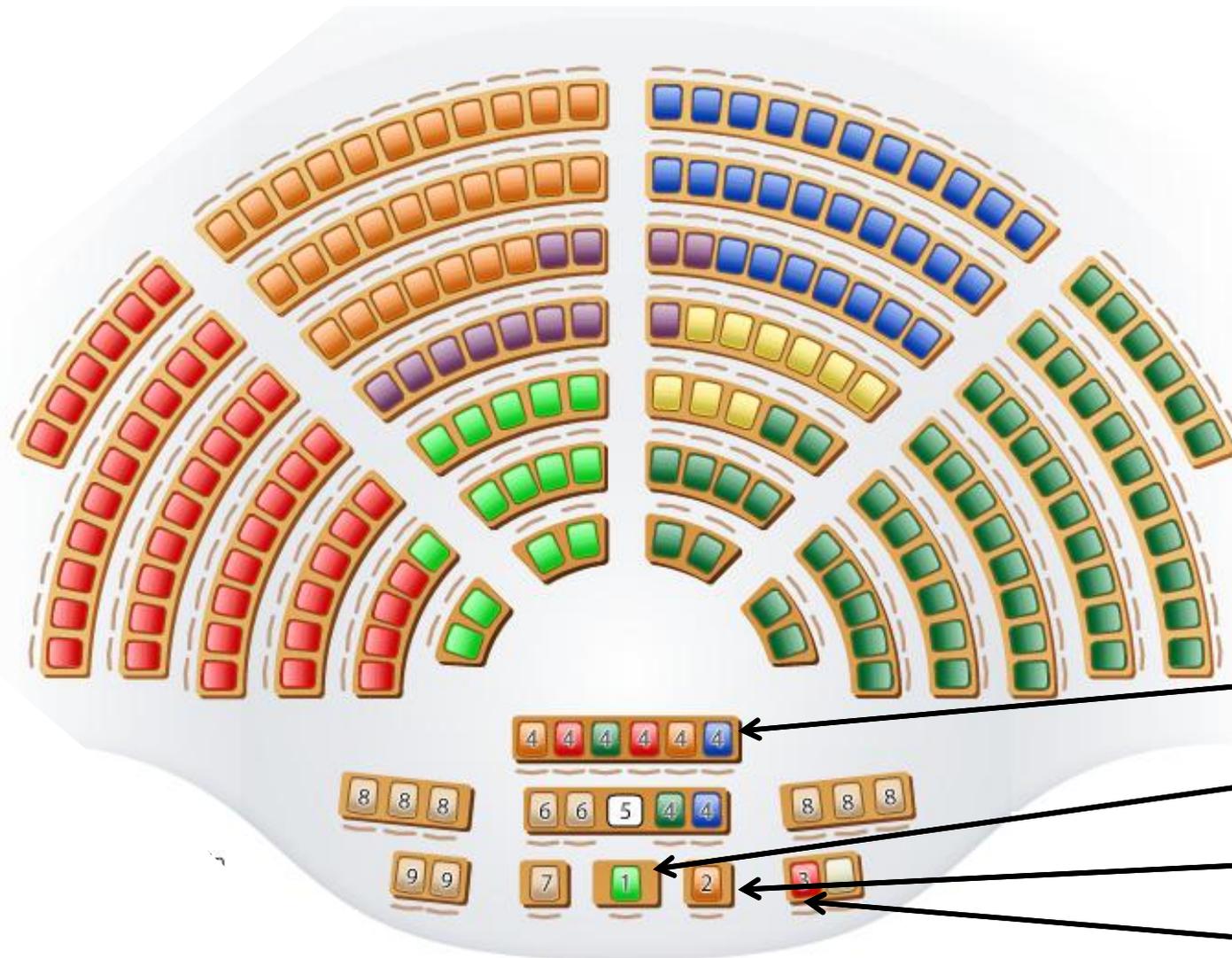


Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





Der Nationalrat wird durch eine Vertreterin der Grünen Partei präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die CVP und die SP



Stärke der Fraktionen im National- und Ständerat		
SVP:	62	(56/6)
SP:	57	(46/11)
CVP/EVP:	44	(31/13)
FDP:	41	(30/11)
Grüne:	17	(15/2)
GLP:	14	(12/2)
BDP:	10	(9/1)
MCG:	1	(1/0)

8 Stimmzähler

Präsident (Grüne)

1. Vizepräsident (CVP)

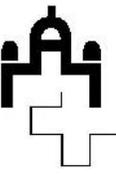
2. Vizepräsident (SP)

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

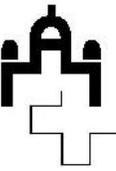
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



Die untenstehenden Geschäfte waren die bedeutendsten in der Sommersession und werden nachfolgend vertieft

- 1 Richterwahlen (Bundesgericht und Bundesstrafgericht)
- 2 Gripen Kampfflugzeug
- 3 Rüstungsprogramm 2013 und Immobilienbotschaft VBS 2013
- 4 FATCA (Foreign Account Tax Compliance Act) Abkommen mit den USA
- 5 Revision Alkoholgesetz
- 6 Änderung des Sanktionenrechts im Strafgesetz
- 7 Bildungsprogramme der EU – Beteiligung der Schweiz 2014-2020
- 8 Abkommen mit der EU – Zusammenarbeit bei der Anwendung von Wettbewerbsrechten
- 9 Pädophilen-Initiative
- 10 Diverse weitere Geschäfte



Die Mitteparteien wollten der SVP – trotz Anspruch – keine zwei Stellen am Bundesverwaltungsgericht zugestehen

Worum es geht

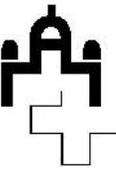
- Die Richterstellen an den Bundesgerichten (Bundesgericht, Bundesstrafgericht, Bundesverwaltungsgericht und Bundespatentgericht) werden nach dem Parteienproporz verteilt.
- Während die SVP an drei Gerichten in etwa gemäss ihrem Anspruch vertreten ist, hat sie am Bundesverwaltungsgericht eine massive Untervertretung (Differenz von 3.73 Richtern).
- Das Bundesverwaltungsgericht ist die Nachfolgeorganisation von 36 ehemaligen eidgenössischen Rekurskommissionen und Beschwerdediensten, insbesondere auch der Asylrekurskommission.
- Aufgrund von Rücktritten von einem Bundesrichter (FDP) und zwei Bundesverwaltungsrichtern (CVP/SP), waren insgesamt drei Richterstellen neu zu besetzen.

Position der SVP

- Die SVP forderte, dass der Parteienproporz – wie auch bei den Bundesratswahlen – strikt eingehalten wird. Dies bedeutet, dass die SVP 2 Bundesverwaltungsrichter und die SP 1 Bundesrichter als Ersatz stellen kann.
- Die CVP suchte – in Verletzung des Parteienproporzes – mit FDP und den Grünen eine Allianz, um eine eigene Kandidatin ins Bundesverwaltungsgericht zu bringen. Gleichzeitig versuchte die FDP mit CVP-Unterstützung einen eigenen Bundesrichter zu stellen.

Ergebnis in den Räten

- Die vereinigte Bundesversammlung folgte dem Antrag von SVP, SP, glp und BDP und wählte knapp 2 SVP Bundesverwaltungsrichter und deutlich einen SP Bundesrichter :
 - Christoph Roher (SVP): 170 Stimmen
 - David Weiss (SVP): 122 Stimmen (absolutes Mehr bei 119 Stimmen)
 - Karin Huber-Studerus (CVP): 102 Stimmen



Während die SVP am Bundesgericht angemessen vertreten ist, besteht eine grosse Untervertretung am Bundesverwaltungsgericht

Verteilschlüssel Bundesgericht

Fraktion	Mitglieder	in %	Bundesrichter		nebenamtl. Richter		Nach Rücktritt	tats. Anspruch
			Anspruch	Effektiv	Anspruch	Effektiv		
SVP	62	25.31%	9.62	10	4.81	4	10	-0.38
SP	57	23.27%	8.84	8	4.42	4	8	0.84
CVP	44	17.96%	6.82	8	3.41	4	8	-1.18
FDP	41	16.73%	6.36	7	3.18	4	6	0.36
Grüne	17	6.94%	2.64	4	1.32	2	4	-1.36
glp	14	5.71%	2.17	0	1.09	1	0	2.17
BDP	10	4.08%	1.55	1	0.78	0	1	0.55
Total	245	100%	38.00	38	19.01	19	38	



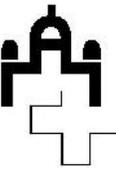
Nach dem Rücktritt eines FDP Bundesrichters hat als erstes die glp und danach die SP einen Anspruch auf den freiwerdenden Sitz. Die glp stellte jedoch keinen Kandidaten auf.

Verteilschlüssel Bundesverwaltungsgericht

Fraktion	Mitglieder	in %	Anspruch	Effektiv	Nach Rücktritt	tats.
						Anspruch
SVP	62	25.31%	14.93	11.2	11.2	3.73
SP	57	23.27%	13.73	14.6	13.8	-0.07
CVP	44	17.96%	10.60	10.7	9.8	0.80
FDP	41	16.73%	9.87	14.8	14.8	-4.93
Grüne	17	6.94%	4.09	6.0	6.0	-1.91
glp	14	5.71%	3.37	1.6	1.6	1.77
BDP	10	4.08%	2.41	0.0	0.0	2.41
Total	245	100%	59.00	58.9	58.9	
Parteilos				6		
Total			59.00	64.90		



Nach dem Rücktritt je eines SP und CVP Bundesverwaltungsrichters hat vor allen anderen Parteien vor allem die SVP mit einer Untervertretung von fast vier Richtern einen klaren Anspruch auf die beiden freiwerdenden Sitze.



Das Parlament beschloss 22 Kampfflugzeuge des Typs Gripen E als Ersatz für den veralteten F-5 Tiger für CHF 3,1 Mrd. zu kaufen

Worum es geht

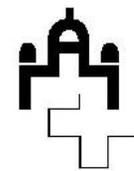
- 22 Kampfflugzeuge des Typs Gripen E (Einsitzer) sollen die veralteten F-5 Tiger der Luftwaffe ersetzen. Zusammen mit den 33 F/A-18, die bis nach 2030 im Einsatz stehen werden, sollen sie dazu beitragen, die souveränen Rechte im Luftraum mittels Überwachung, Luftpolizei und notfalls Luftraumverteidigung durchzusetzen.
- Der Gripen soll einerseits die Anforderungen zur Wahrung der Lufthoheit und Kontrolle des Luftraumes erfüllen. Andererseits soll er dazu dienen, die Grundfähigkeiten zur Luftaufklärung und zur Bekämpfung von Bodenzielen wieder aufzubauen.
- Die ausländischen Lieferanten verpflichten sich, den Vertragswert zu 100 Prozent bei der Schweizer Industrie zu kompensieren.

Position der SVP

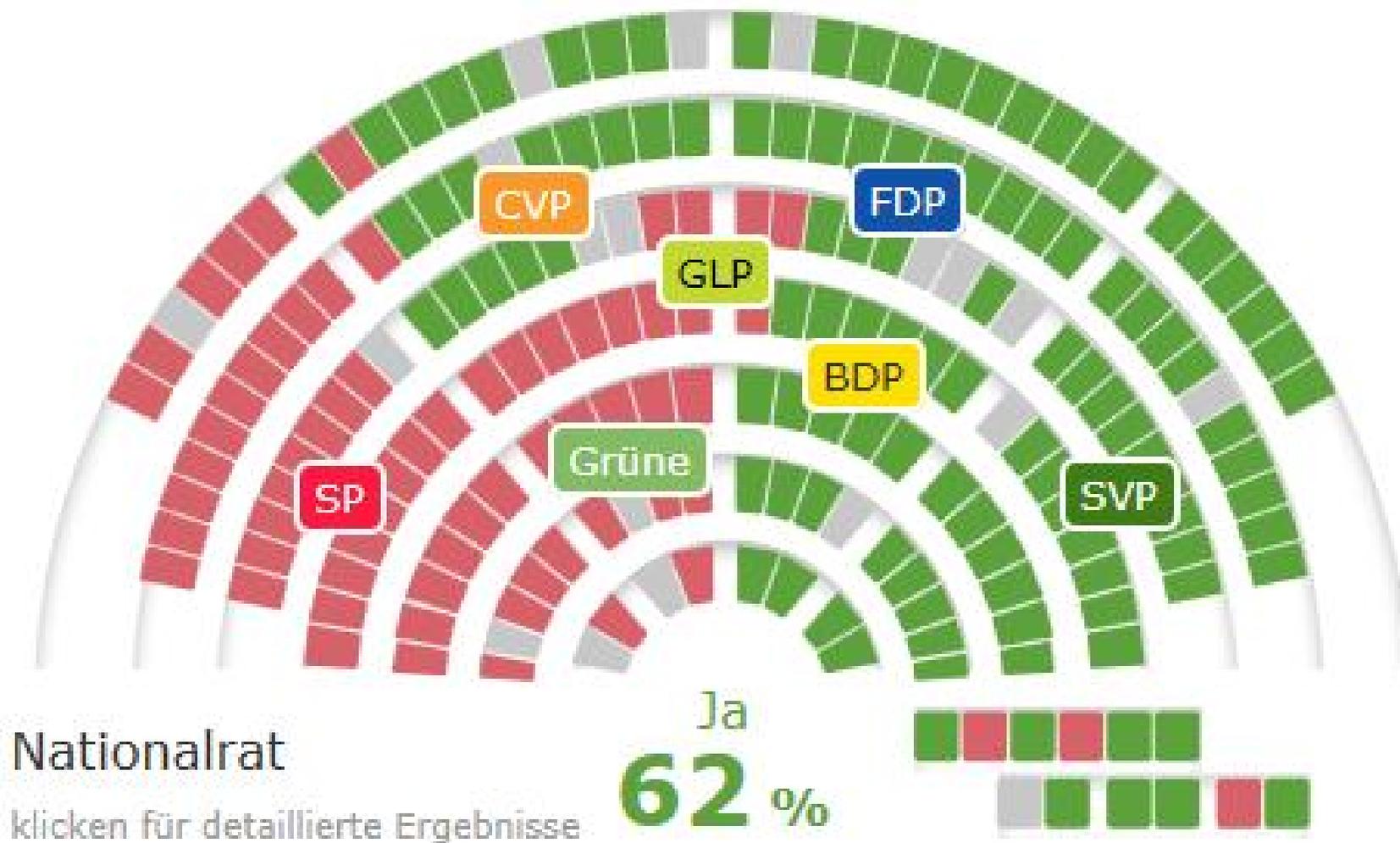
- Bis auf wenige Ausnahmen (diese wollten unter anderem weitere Angebote der unterlegenen Hersteller prüfen) unterstützte die SVP die Beschaffung des Kampfflugzeuges Gripen sowie die Finanzierung über den Gripen-Fonds, einem Spezialfonds nach Artikel 52 des Finanzhaushaltgesetzes, so wie von Bundesrat Ueli Maurer vorgeschlagen.

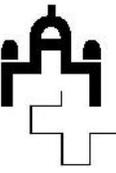
Ergebnis in den Räten

- Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat dem Kauf von 22 Gripen-Kampfflugzeugen mit 113 zu 68 Stimmen bei 6 Enthaltungen zugestimmt. Ausserdem hiess er die Finanzierung über einen Fonds mit 118 zu 67 Stimmen bei 3 Enthaltungen gut.
- Nachdem der Ständerat die Ausgabenbremse zum Verpflichtungskredit zuerst verweigert hatte, gab er in der Herbstsession wie der Nationalrat ebenfalls grünes Licht dazu.
- Das Referendum gegen die Beschaffung durch SP, Grüne und Grünliberale ist so gut wie sicher. Das Stimmvolk entscheidet voraussichtlich im nächsten Frühjahr.



Neben SP, GLP und den Grünen sprachen sich auch einzelne CVP Vertreter gegen den Gripen aus





Das Rüstungsprogramm 2013 dient dazu, die Einsatzbereitschaft der Armee aufrecht zu halten

Worum es geht

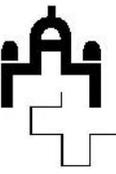
- Der Bundesrat beantragt den Eidgenössischen Räten mit dem Rüstungsprogramm 2013 die Beschaffung von fünf Rüstungsvorhaben im Umfang von 740 Millionen Franken:
 - 1) Einsatznetz Verteidigung – 209 Millionen Franken
 - 2) Unterstützungsbrückensystem 45m – 86 Millionen Franken
 - 3) Neue Fahrzeuggeneration – 74 Millionen Franken
 - 4) Verbesserung und Optimierung der Systemverfügbarkeit – 149 Millionen Franken
 - 5) Geschütztes Mannschaftstransportfahrzeug – 222 Millionen Franken
- Die Immobilienbotschaft VBS 2013 umfasst insgesamt sechs Verpflichtungskredite mit einer Gesamtsumme von 505,5 Millionen Franken. Die Schwerpunkte bilden die Investitionen in die Logistik-Infrastruktur der Armee mit rund 55 Millionen Franken sowie Investitionen in die Einsatz-Infrastruktur mit rund 175 Millionen Franken. Die restlichen Kredite sind für verschiedene Bedarfsträger innerhalb des VBS vorgesehen.

Position der SVP

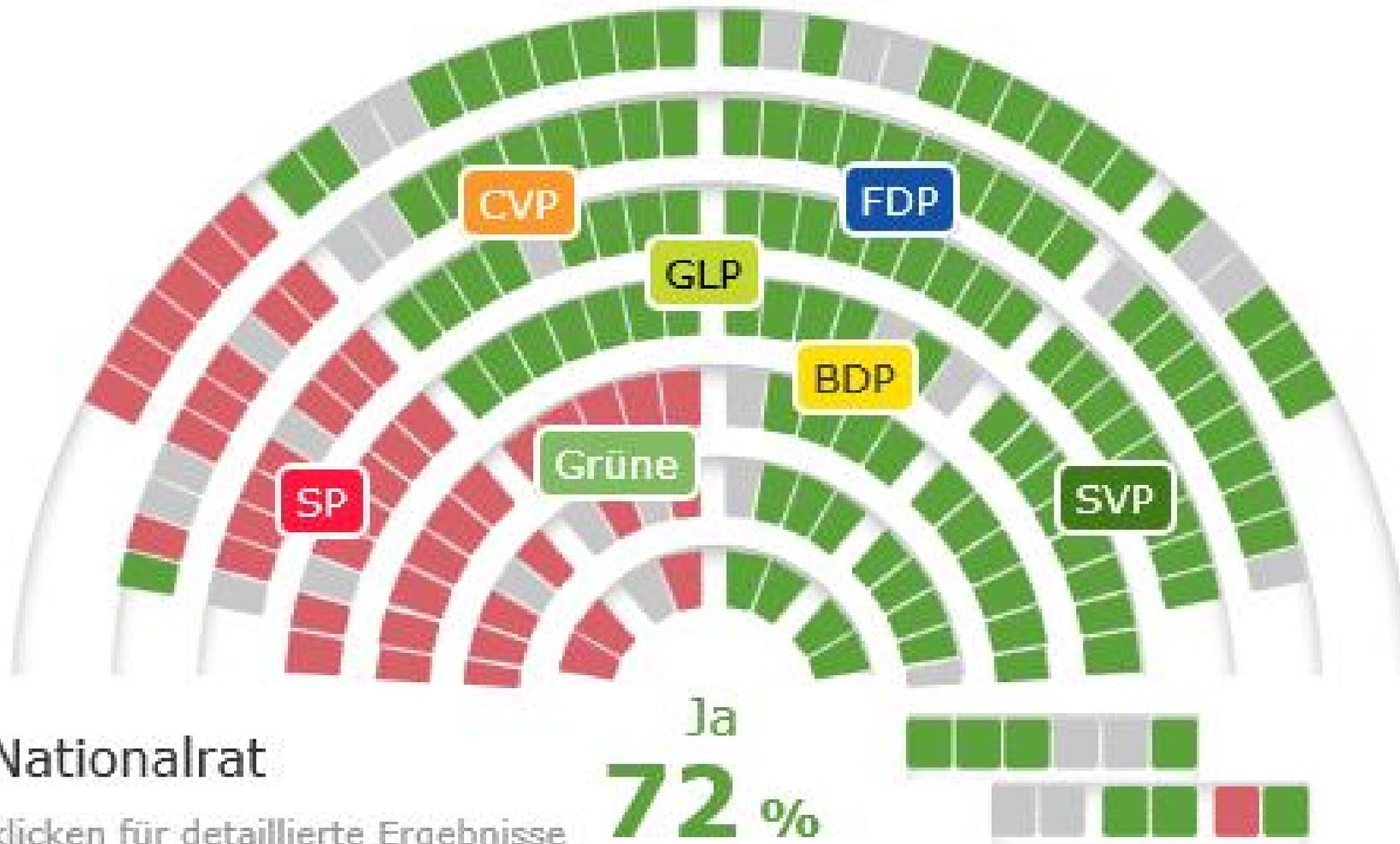
- Die SVP stimmt dem Rüstungsprogramm 2013 und der Immobilienbotschaft VBS 2013 vorbehaltlos zu. Insbesondere lehnt sie die Kürzungsanträge von Links ab, welche auf eine weitere Schwächung der Armee zielen.

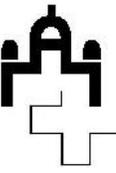
Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat hat das Rüstungsprogramm 2013 im Umfang von 740 Mio. CHF im Sinne der SVP ohne Abstriche mit 122 zu 47 Stimmen genehmigt. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.
- Ausserdem stimmte der Nationalrat weiteren 505,5 Mio. CHF für die Immobilienbotschaft VBS 2013 mit 133 zu 22 Stimmen zu.



Einzig die Linke stimmte fast geschlossen gegen das Rüstungsprogramm 2013





Mit FATCA drücken die USA den automatischen Informationsaustausch für „US Tax Persons“ global durch

Worum es geht

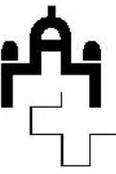
- Als einziges Land kann die USA eine globale Besteuerung, d.h. US Bürger und „US Tax Persons“ bleiben in den USA steuerpflichtig, auch wenn sie andernorts wohnhaft sind.
- Mit dem „Foreign Account Tax Compliance Act“ (FATCA) wollen die USA erreichen, dass sämtliche im Ausland gehaltenen Konten von Personen, die in den USA steuerpflichtig sind, besteuert werden können. FATCA ist eine unilaterale US-Regelung, die weltweit für alle Länder gilt. Sie verlangt von ausländischen Finanzinstituten, dass sie den US-Steuerbehörden Informationen über US-Konten weitergeben oder eine hohe Steuer erheben.
- Am 14. Februar 2013 haben die Schweiz und die USA ein Abkommen zur vereinfachten Umsetzung von FATCA unterzeichnet (Modell II).

Position der SVP

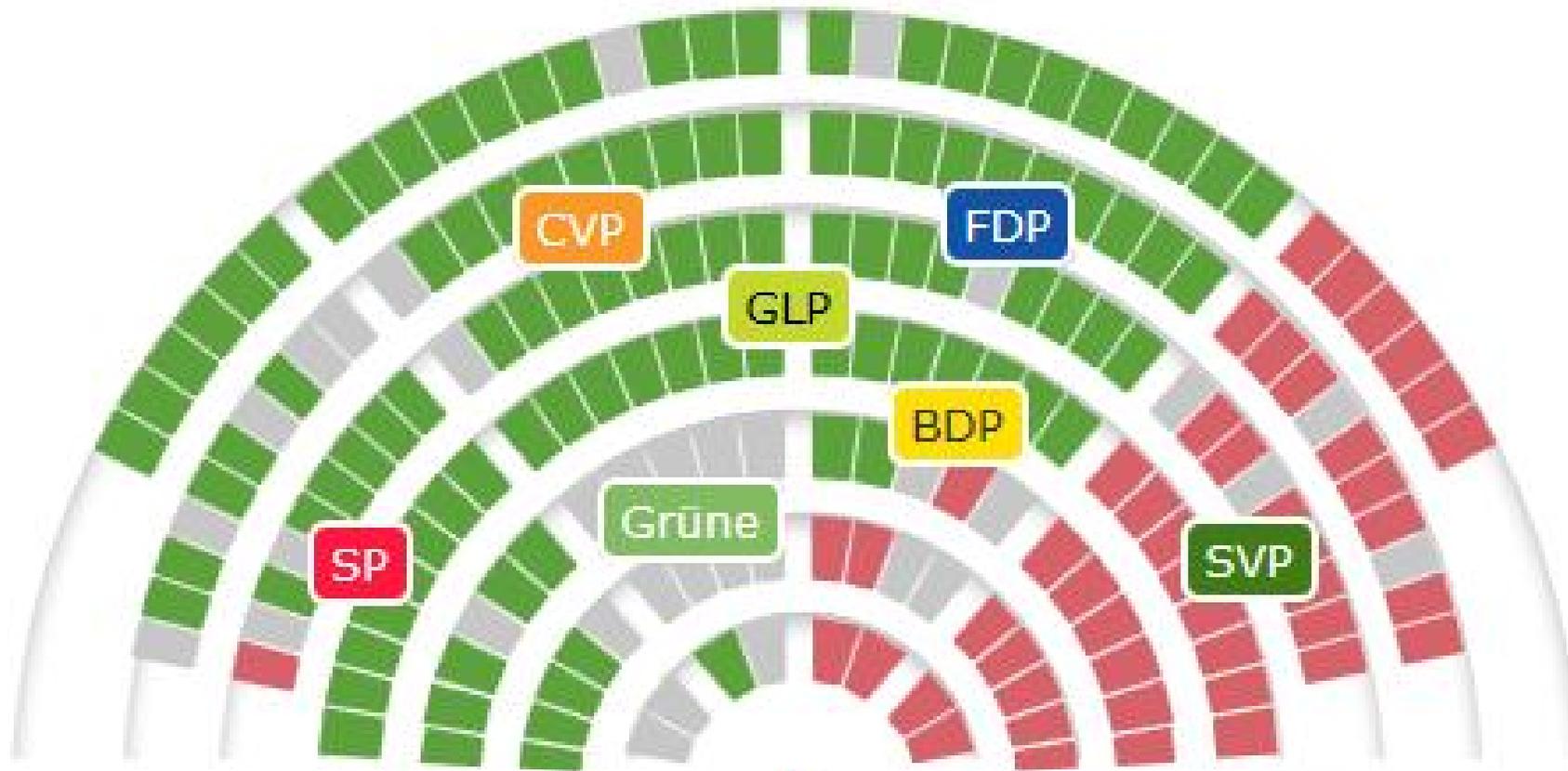
- In Artikel 2 des FATCA-Gesetzes steht «Die Pflichten der schweizerischen Finanzinstitute gegenüber dem IRS richten sich nach dem anwendbaren US-Recht, sofern das FATCA-Abkommen keine ausdrücklich abweichenden Bestimmungen vorsieht.» Dies bedeutet nichts anderes als die automatische Rechtsübernahme von US-Recht, was eines souveränen Staates unwürdig ist.

Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat hat als Zweitrat das Abkommen zur Umsetzung des US-Steuergesetzes FATCA genehmigt. Damit gewährt die Schweiz den USA in Zukunft praktisch einen automatischen Informationsaustausch. Die Banken sind gezwungen, das Gesetz ab Mitte 2014 umzusetzen, sofern sie nicht faktisch vom US-Kapitalmarkt ausgeschlossen werden wollen. Die SVP beantragte, auf die Vorlage nicht einzutreten, weil damit ausländisches Steuerrecht übernommen wird, unterlag jedoch klar.



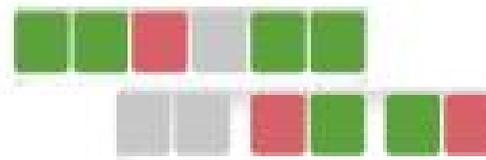
Nur die SVP stimmte gegen FATCA und somit gegen die automatische Übernahme von US-Recht

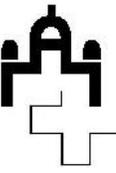


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja
69 %





Die Revision des Alkoholgesetzes ist noch nicht unter Dach und Fach – der Ständerat wird sich ein weiteres Mal damit befassen

Worum es geht

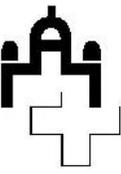
- Der Bundesrat erachtet das heute gültige Alkoholgesetz als veraltet und will dieses durch zwei neue Gesetze ersetzen.
- Mit dem **Spirituosengesetz** sollen 41 von 43 Bewilligungen abgeschafft und die Zahl der Steuerpflichtigen bei gleichem Steueraufkommen massiv reduziert werden.
- Im **Alkoholhandelsgesetz** sollen teilweise neue Beschränkungen für den Ausschank von alkoholischen Getränken sowie bei der Werbung festgesetzt werden. Zudem will man auch ein Nachtverkaufsverbot etablieren und die Testverkäufe gesetzlich regeln.

Position der SVP

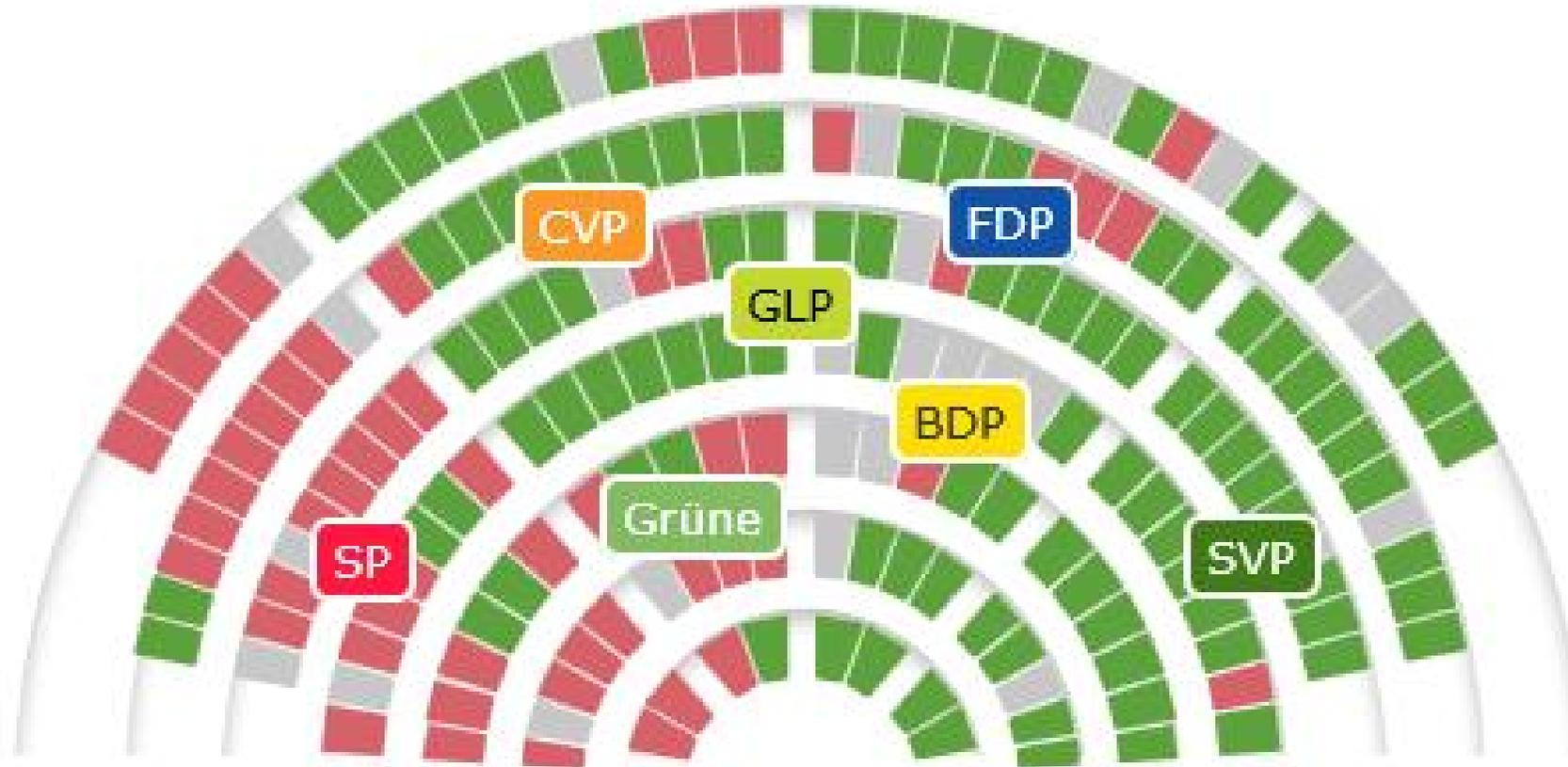
- Die SVP steht der Revision des Alkoholgesetzes kritisch gegenüber. So unterstützt sie die Begünstigung einheimischer Produzenten aber lehnt eine Einschränkung des Ausschanks sowie die gesetzliche Grundlage für Testverkäufe ab.

Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat unterstützt ein vom Ständerat in die Vorlage eingebrachtes Steuermodell, das einheimische Produzenten von Spirituosen aus Beeren sowie Kern- und Steinobst begünstigt. Er genehmigte das Spirituosensteuergesetz mit 97 gegen 80 Stimmen.
- Der Nationalrat will es Detailhandelsgeschäften nicht verbieten, zwischen 22 und 6 Uhr alkoholische Getränke zu verkaufen. Auch die vom Ständerat als Präventionsmassnahme ins Gesetz aufgenommenen Mindestpreisvorschriften für alkoholische Getränke lehnte der Nationalrat ab und er kippte ein Verbot von Happy Hours mit Spirituosen.
- Die SVP kam mit Anträgen nicht durch, die rechtliche Grundlage für Testkäufe zu streichen oder ins Gesetz zu schreiben, dass Menschen, die nach übermässigem Alkoholkonsum ins Spital gebracht werden müssen, dafür selbst bezahlen sollen.



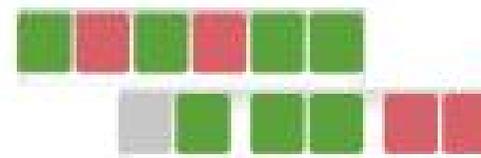
Ein nächtliches Kaufverbot wurde vor allem von Links und gewissen bürgerlichen Politikern abgelehnt

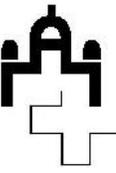


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja
66 %





Die Verschärfung des Schweizer Strafrechts – sieben Jahre nach Einführung der Geldstrafe – war unbestritten

Worum es geht

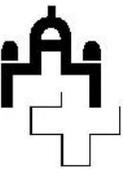
- Aufgrund der anhaltenden Kritik am Strafrecht – vor allem aus der Praxis – sollen zum einen an der Geldstrafe Änderungen vorgenommen werden: Diese soll nur noch unbedingt und nur noch bis zu 180 statt wie bisher zu 360 Tagessätzen ausgesprochen werden können. Zum andern sollen auch kurze Freiheitsstrafen wieder möglich sein. Der Vorrang der Geldstrafe anstelle sogenannter kurzer Freiheitsstrafen von bis zu sechs Monaten soll aufgegeben werden.
- Generell will diese Revision die Geldstrafe zurückdrängen; sie will deren Vorrang gegenüber der Freiheitsstrafe sowie die Möglichkeit des bedingten Vollzugs von Geldstrafen abschaffen. Dies führt dazu, dass wieder vermehrt kurze unbedingte Freiheitsstrafen ausgesprochen werden können und vollzogen werden müssen.

Position der SVP

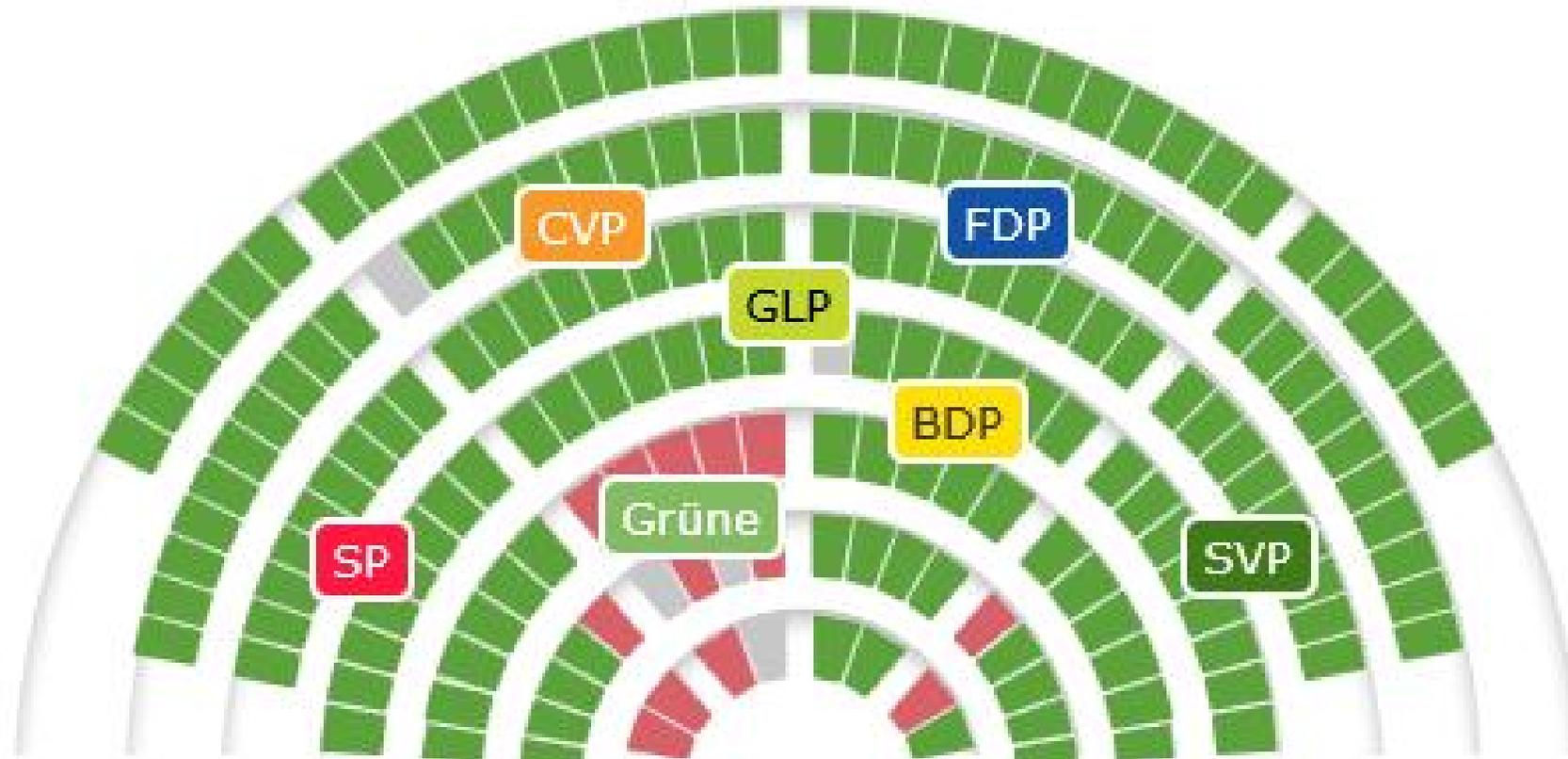
- Die SVP beantragte, die erst vor sieben Jahren eingeführte Geldstrafe (86% aller Strafen) ganz abzuschaffen, denn ihr fehlt das nötige Abschreckungspotenzial. Sollte der Rat die Geldstrafe nicht abschaffen, drohte sie mit der Ablehnung der Vorlage.

Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat sprach sich deutlich dafür aus, die Geldstrafe im Strafrecht zugunsten von Freiheitsstrafen zurückzudrängen, ohne aber die umstrittene bedingte Geldstrafe ganz abzuschaffen. Zurückdrängen will der Nationalrat die Geldstrafen auch, indem nur noch maximal 180 statt 360 Tagessätze verhängt werden können.
- Der Nationalrat lehnte eine Rückkehr zum alten Bussensystem, wie es vor 2007 galt, deutlich ab. Die SVP, die das heutige System für grundsätzlich ungeeignet und kompliziert kritisierte, wollte zum alten System zurück.
- Die Gesamtabstimmung resultierte mit 77 JA-Stimmen bei 52 Enthaltungen.



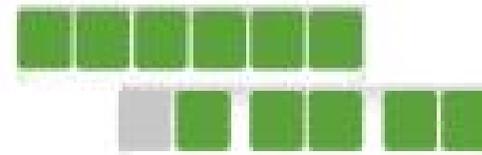
Einzig die Grünen stimmten gegen ein Zurückdrängen der Geldstrafe zugunsten der Freiheitsstrafe

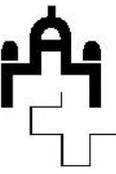


Nationalrat

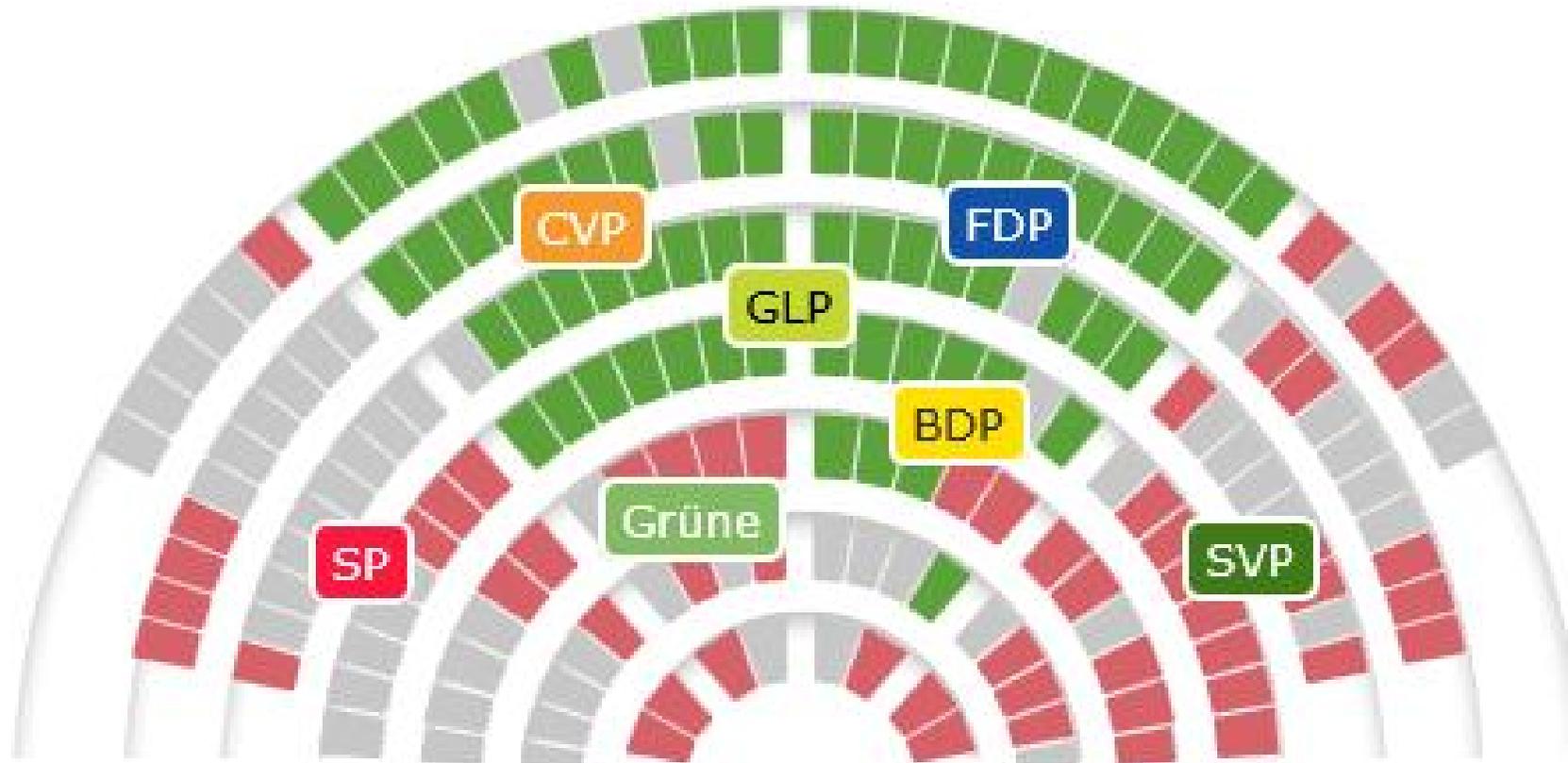
[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja
93 %





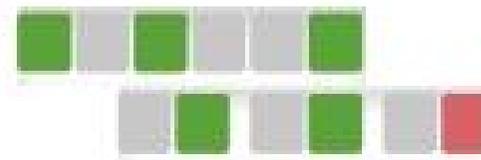
Sowohl Rechts und Links enthielten sich viele Parlamentarier in der Gesamtabstimmung, da das Resultat nicht befriedigend war

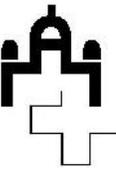


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja
59 %





Durch das EU-Bildungsprogramm «Erasmus für alle» soll die Mobilität in Europa gefördert werden

Worum es geht

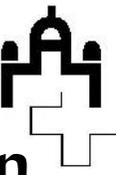
- Im Jahr 2011 wurde die Vollbeteiligung der Schweiz an den Bildungs- und Jugendprogrammen der EU beschlossen. Unter dem EU-Rahmenprogramm «Erasmus für alle» (2014–2020) sollen alle bisherigen EU-Programme für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport vereint werden. Dies sind insbesondere Mobilitäten für Schweizer im europäischen Ausland.
- Mit dem Gesamtkredit von 305,5 Millionen Franken beantragt der Bundesrat die Finanzierung der Weiterbeteiligung der Schweiz an «Erasmus für alle» 2014–2020. Gegenüber der Beteiligung 2011–2013 steigen die durchschnittlichen jährlichen Aufwendungen um rund 2 Millionen Franken auf 37,9 Millionen Franken. Die Mittel dienen hauptsächlich der Deckung der mit der EU noch auszuhandelnden Programmbeiträge.

Position der SVP

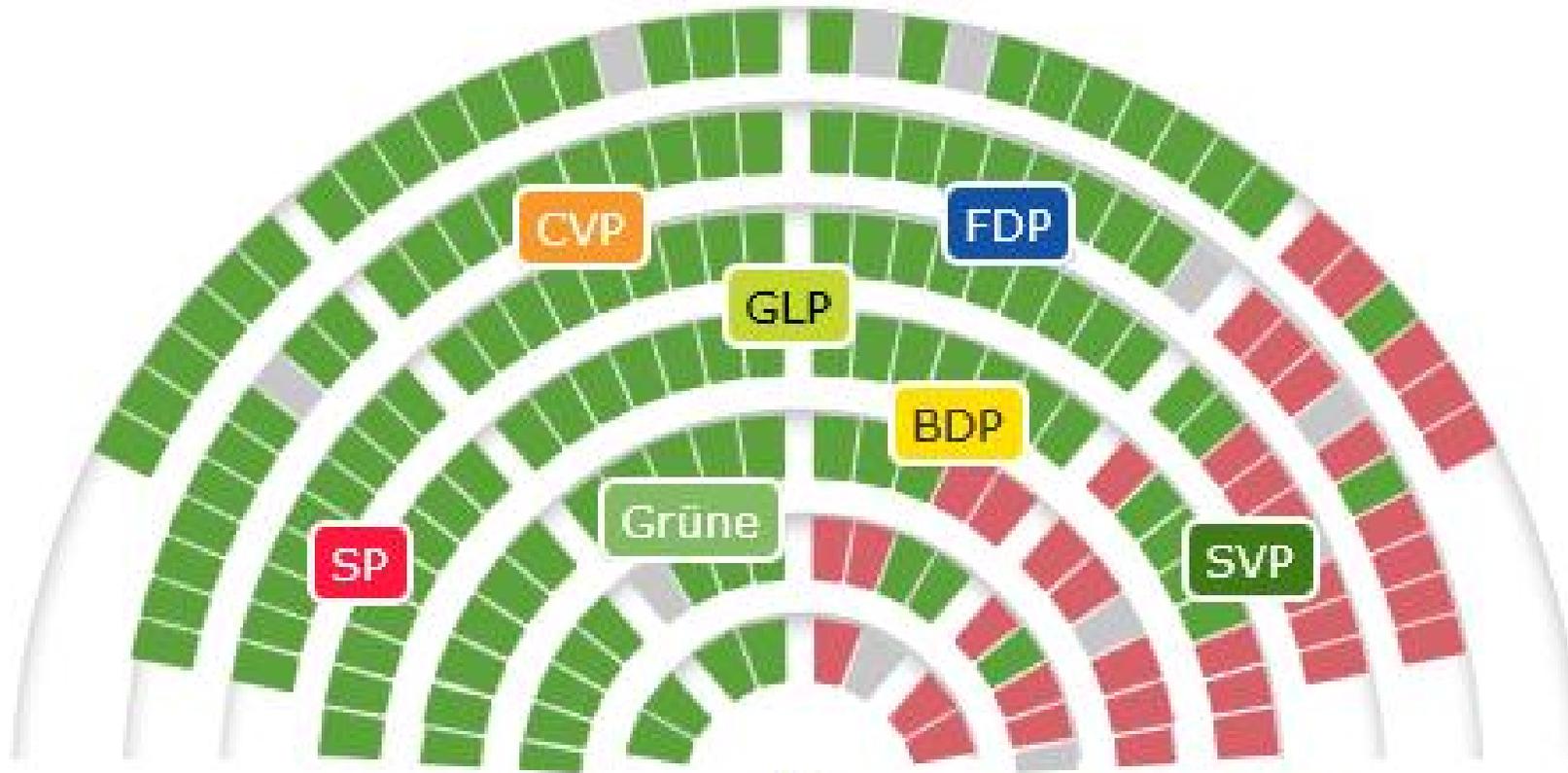
- Die SVP lehnte die Beteiligung der Schweiz an den Bildungs- und Jugendprogrammen der EU ab. Insbesondere kritisierte sie auch den Gesamtkredit von 305,5 Millionen Franken, zu welchem sie Kürzungsanträge stellte.

Ergebnis in den Räten

- Die Schweiz wird sich in den Jahren 2014 bis 2020 an den Bildungs-Austauschprogrammen mit der EU beteiligen. Das hat der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP als Zweitrat beschlossen und den erforderlichen Kredit von 305,5 Mio. CHF gutgeheissen. Von der SVP eingebrachte Kürzungsanträge lehnte der Rat ab.



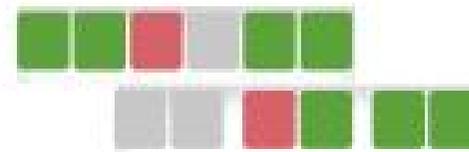
Einzig die SVP lehnte eine Beteiligung der Schweiz in den Jahren 2014 – 2020 an den Bildungsprogrammen der EU ab

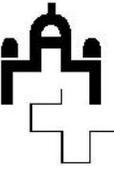


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja
78 %





Im Wettbewerbsrecht wurde ein weiteres bilaterales Abkommen mit der EU beschlossen

Worum es geht

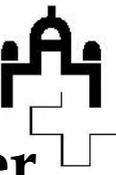
- Der Bundesrat ist der Meinung, dass die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU bei der Anwendung des Wettbewerbsrechts vertieft werden soll.
- Mit dem Abkommen soll eine engere Zusammenarbeit zwischen der Eidgenössischen Wettbewerbskommission (WEKO) und der Wettbewerbsbehörde der Europäischen Kommission ermöglicht werden.
- Diese Zusammenarbeit wird nicht obligatorisch sein; sie bietet den Behörden die Möglichkeit, sich ihre Vollzugsmassnahmen gegenseitig mitzuteilen, diese zu koordinieren und Informationen auszutauschen. Unter strikten Bedingungen soll auch der Austausch vertraulicher Informationen möglich sein, welche für die Durchführung von Untersuchungen benötigt werden. Vertrauliche Informationen sollen nur dann ausgetauscht werden dürfen, wenn die Behörden der beiden Vertragsparteien dieselben oder miteinander verbundene Fälle untersuchen.

Position der SVP

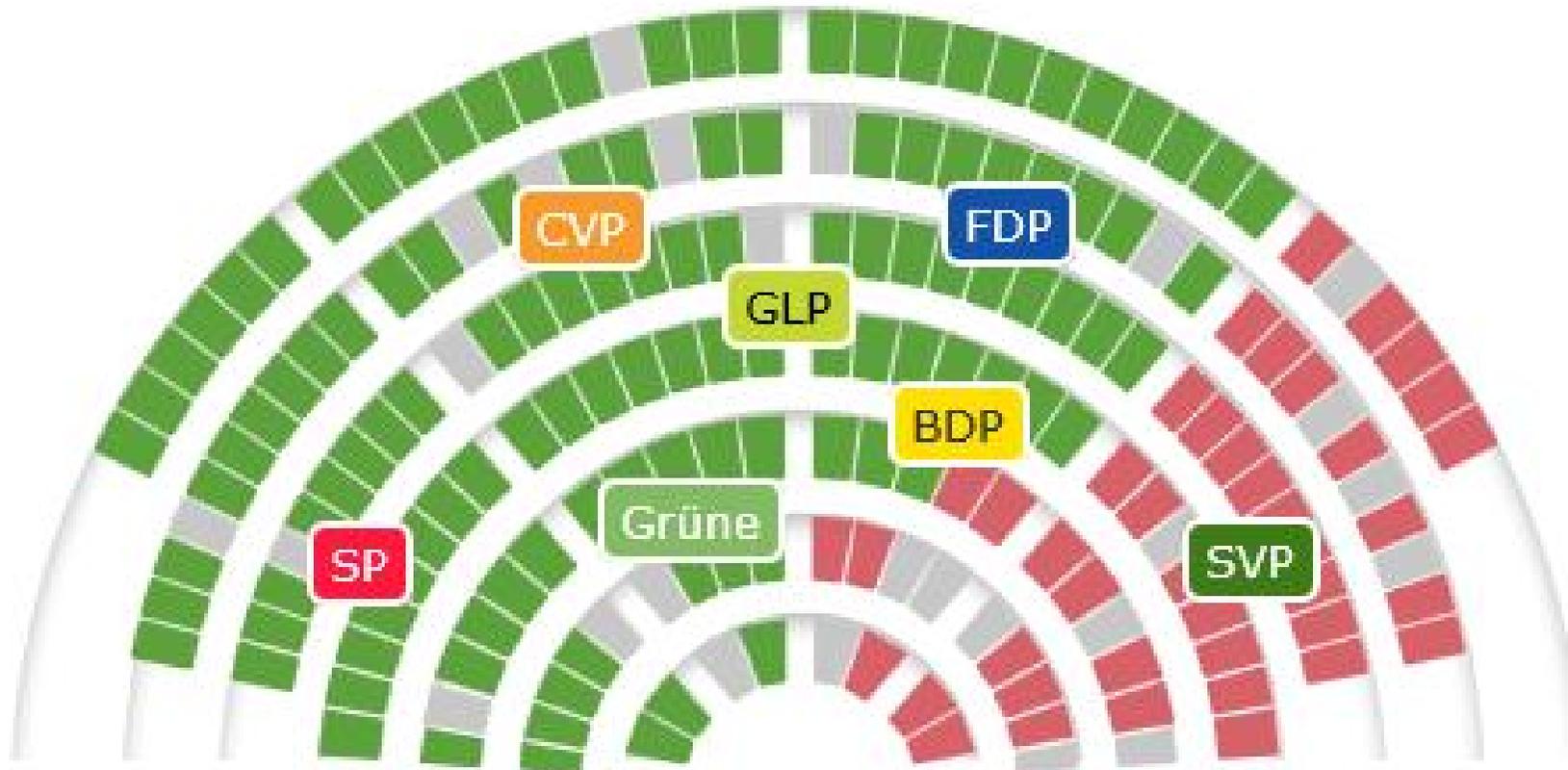
- Die SVP lehnte das Abkommen mit der EU über die Zusammenarbeit bei der Anwendung von Wettbewerbsrechten ab. Erstens hat die Beratung des Kartellgesetzes erst begonnen, zweitens ist der Austausch von vertraulichen Informationen zum Nachteil des Wirtschaftsstandorts Schweiz und drittens gibt es keine Dringlichkeit für ein solches Abkommen (nota bene hat die EU der Schweiz vor nicht allzu langer Zeit mitgeteilt, dass vorderhand keine neuen bilateralen Abkommen mit der Schweiz abgeschlossen würden).

Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat trat auf die Vorlage ein und stimmte ihr – trotz dem Widerstand der SVP – mit 128 zu 44 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu.



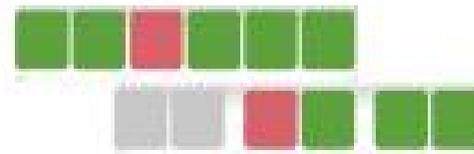
Einzig die SVP lehnte die Vertiefung der Beziehung zwischen der Schweizer und der EU Kartellbehörden ab

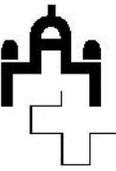


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja
74%





Während der Nationalrat der Pädophilen-Initiative zustimmt, lehnt der Ständerat diese ab

Worum es geht

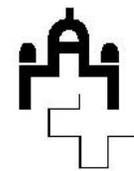
- Die Pädophilen-Initiative der Organisation Marche Blanche verlangt für pädosexuelle Straftäter zwingend ein lebenslangliches Tätigkeitsverbot im Umgang mit Kindern. Nachdem sich der Nationalrat nicht auf eine Version für einen Gegenvorschlag einigen konnte, beschloss er die Unterstützung der Initiative in der Frühlingssession.
- In der Sommersession beschloss der Ständerat der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Position der SVP

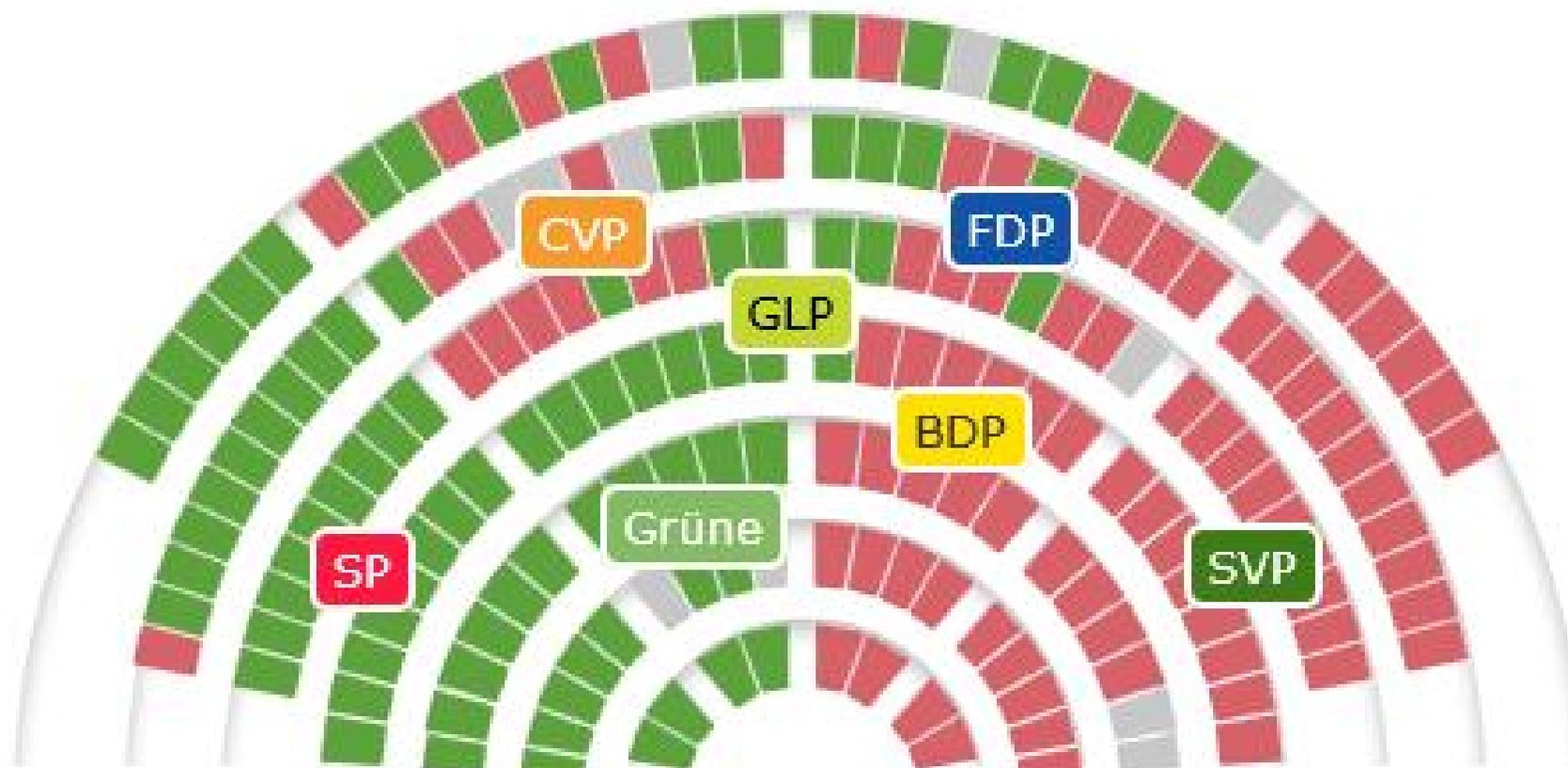
- Die SVP unterstützt die Pädophilen-Initiative der Organisation Marche Blanche, welche für pädosexuelle Straftäter zwingend ein lebenslangliches Tätigkeitsverbot im Umgang mit Kindern verlangt.

Ergebnis in den Räten

- Der Ständerat hat einen direkten Gegenvorschlag zur Pädophilen-Initiative, die für verurteilte Pädophile ein lebenslangliches Tätigkeitsverbot mit Kindern fordert, mit 27 zu 14 Stimmen bei einer Enthaltung entgegen dem Willen der SVP befürwortet.
- Dieser Beschluss hatte im Nationalrat jedoch keine Chance, weshalb der direkte Gegenvorschlag nicht zur Abstimmung gelangt.
- Mit Stichentscheid der Nationalratspräsidentin hat sich der Nationalrat während der Session zudem entgegen seines Beschlusses in der Frühlingssession gegen die „Pädophilen-Initiative“ ausgesprochen.
- In der Schlussabstimmung stimmte der Nationalrat der Initiative jedoch wieder zu (97 zu 91 Stimmen). Da der Ständerat die Initiative ablehnt, kommt diese nun ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung.



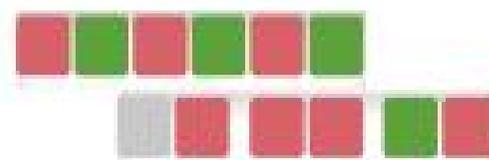
Die Mitteparteien sind sich nicht einig, ob die Pädophilen-Initiative der Organisation Marche Blanche unterstützt werden soll

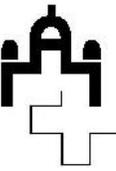


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Nein
52 %





Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/4)

Neue Ratsmitglieder

- Im Nationalrat wurden zu Sessionsbeginn Martina Munz (SP/SH), Sylvie Perrinjaquet (FDP/NE) und Raymond Clottu (SVP/NE) vereidigt, welche auf die Nationalräte Hans-Jürg Fehr, Alain Ribaux und Yvan Perrin folgten.

Masseneinwanderungsinitiative

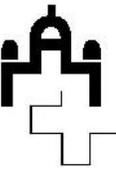
- Der Ständerat hat die Masseneinwanderungsinitiative der SVP beraten und empfiehlt diese, wie bereits der Nationalrat zuvor, entgegen dem Willen der SVP mit 34 zu 6 Stimmen zur Ablehnung. Die Initiative ist nun bereit für die Volksabstimmung.

Volksinitiative Hausarztmedizin

- National- und Ständerat empfehlen dem Stimmvolk, die Initiative "Ja zur Hausarztmedizin" abzulehnen. Beide Räte setzen auf einen direkten Gegenvorschlag. Beim Inhalt wurden sie sich in dieser Session einig. Der Nationalrat schwenkte auf die Version des Ständerats ein, die den Initianten weniger stark entgegen kommt. Dies entspricht dem Wunsch der SVP. Die Initiative wurde in der Zwischenzeit zurückgezogen.

Mindestlohn-Initiative

- Der Ständerat empfiehlt die Mindestlohn-Initiative ohne Gegenvorschlag mit 31 zu 13 Stimmen zur Ablehnung. Das Begehren der Gewerkschaften verlangt, dass mit Gesamtarbeitsverträgen oder im Gesetz Löhne vorgeschrieben werden, von dem Menschen mit einer Vollzeit-Stelle leben können.
- Der Ständerat nahm aber entgegen dem Willen der SVP eine Motion an, die den Bundesrat beauftragt, bei den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit Vollzugsdefizite aufzuzeigen und anzugehen. Die Verfahren für Gesamtarbeitsverträge und Normalarbeitsverträge sollen beschleunigt werden. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/4)

Armee Ausgabenplafond

- Im Streit um das Armeebudget bleibt das Parlament hart. National- und Ständerat beauftragen den Bundesrat, den Ausgabenplafond von heute 4,4 auf 5 statt auf 4,7 Mrd. CHF im Jahr zu erhöhen. Mit 26 zu 16 Stimmen hat der Ständerat eine entsprechende Motion aus dem Nationalrat angenommen. Er änderte den Vorstoss allerdings ein wenig ab: Der Ausgabenplafond soll erst ab 2016 bei 5 Mrd. CHF festgelegt werden.

Too big to fail Vorstösse

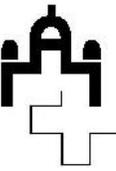
- Weiter hat der Nationalrat drei Vorstösse der Fraktionen SVP, SP und Grünen angenommen, welche zusätzliche Auflagen für Banken fordern, um allfällige Folgen von Risiken abzufedern. Namentlich Risiken von Investmentbankern könnten mit Trennbankensystemen minimiert werden. Die Vorstösse gehen nun in den Ständerat.
- Zudem reichten SVP und SP neue Vorstösse ein, welche die überwiesenen Vorstösse konkretisieren.

Konsolidierungs- und Aufgabenüber- prüfungspaket

- Anders als der Nationalrat will der Ständerat das Sparpaket des Bundesrates für die kommenden Jahre beraten. Die kleine Kammer hat es am Dienstag abgelehnt, das Konsolidierungs- und Aufgabenprüfungspaket (KAP 2014-16) an den Bundesrat zurückzuweisen. Die Vorlage geht nun erst zurück an den Nationalrat, welcher die Vorlage in einer Allianz von SVP und SP rückweisen wollte mit dem Auftrag, Varianten auszuarbeiten.

Aus- und Weiterbildung

- Der Ständerat räumte bei der Vorlage zur steuerlichen Förderung der Aus- und Weiterbildung eine letzte Differenz zum Nationalrat aus. Wer sich aus- oder weiterbildet, kann künftig maximal 12'000 CHF pro Jahr als Steuerabzug geltend machen.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/4)

Bürgerrechts- gesetz

- Der Ständerat hat die Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes beraten und ist dabei in weiten Teilen zum Entwurf des Bundesrates zurückgekehrt, nachdem der Nationalrat die Vorlage im Sinne der SVP verschärft hatte. Als eine der wenigen Verschärfungen hat der Ständerat die Niederlassungsbewilligung als Voraussetzung für eine Einbürgerung belassen. Dafür will er die Mindestaufenthaltsdauer von heute 12 auf 8 Jahre senken. Der Nationalrat hatte diese auf 10 Jahre senken wollen. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat, wo die SVP für die Verschärfungen kämpfen wird.

Lebensmittel- gesetz

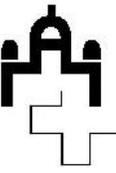
- Der Ständerat hat bei der Beratung des Lebensmittelgesetzes Regeln für mehr Transparenz bei Kontrollen abgelehnt. Weiter lehnt er strengere Deklarationspflichten für Rohstoffe ab. Der Nationalrat hatte unter dem Eindruck des Skandals um Lasagne mit nicht deklariertem Pferdefleisch beschlossen, die Regeln zu verschärfen.
- Restaurants und Geschäfte müssen künftig die Herkunft von Fisch schriftlich deklarieren - so, wie sie es beim Fleisch bereits heute tun müssen.

Private Sicherheitsfirmen

- Das Parlament verbietet Söldnerfirmen und von der Schweiz aus operierende private Sicherheitsfirmen dürfen sich nicht unmittelbar an Feindseligkeiten im Rahmen von bewaffneten Konflikten im Ausland beteiligen. Heikle Dienstleistungen im Ausland müssen sie vorgängig melden.

Veto gegen Atommüll- Endlager

- Im Gegensatz zum Ständerat hat sich der Nationalrat dafür ausgesprochen, dass Standortkantone oder -regionen ein Veto gegen Atommüll-Endlager einlegen können sollen. Er hat einer Standesinitiative des Kantons Nidwalden mit 111 zu 68 Stimmen zugestimmt.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/4)

EU-Forschungsprogramm

- Der Kredit über 4,4 Mrd. CHF für die Beteiligung am 8. EU-Forschungsrahmenprogramm "Horizon 2020" ist definitiv beschlossen. Es handelt sich dabei um das Nachfolgeprogramm der bei der Abstimmung über die Bilateralen I angenommenen 5. EU-Forschungsrahmenprogramms. Der Ständerat stimmte dem Kredit wie zuvor der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP zu.

Zweitwohnungs-Initiative

- Für die Umsetzung der Zweitwohnungs-Initiative in einem Gesetz hat der Nationalrat ein Signal für eine milde Umsetzung ausgesendet. Er hiess mit 98 zu 77 Stimmen eine Standes-initiative des Kantons Tessin gut.

Weiterbildungskurse für Neulenker

- Der Nationalrat will die obligatorischen Weiterbildungskurse für Neulenker abschaffen. Er hat mit Unterstützung der SVP mit 109 zu 75 Stimmen bei 8 Enthaltungen eine Motion der FDP-Fraktion angenommen. Die Motion geht nun in den Ständerat.

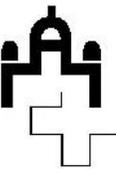
Vier-Meter-Korridors

- Der Ständerat hat am Mittwoch 990 Mio. CHF für den Bau und die Finanzierung eines Vier-Meter-Korridors auf der Gotthard-Achse freigegeben. Er will für das Bahn-Grossprojekt im Sinne der SVP aber kein Geld aus der Strassenkasse nehmen, wie dies die vorberatende Kommission vorgeschlagen hatte.

Karenzfrist für Bundesräte

- Der Nationalrat will die Tätigkeit von Bundesräten nach deren Rücktritt einschränken. Mit 99 zu 86 Stimmen sprach er sich dafür aus, dass diese während zwei Jahren keine bezahlten Mandate in Zusammenhang mit den Aufgaben als Bundesrat annehmen dürfen. Das teilweise Mandatsverbot wurde unterstützt von SVP, SP und Grünen. Eine ähnliche Karenzfrist für Topkader der Bundesverwaltung lehnte der Rat ab.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

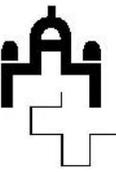
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Wintersession: 25. November - 13. Dezember 2013**
- **Frühjahrsession: 3. - 21. März 2014**
- **Sommersession: 2. - 20. Juni 2014 (2. Woche: Di. – Fr., da Pfingstmontag am 9. Juni)**
- **Herbstsession: 08. - 26. September 2014**
- **Wintersession: 24. November - 12. Dezember 2014**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

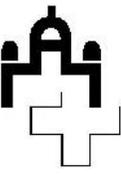
- **Als Gruppe bis max. 50 Personen:**
 - Anmeldung unter besucherdienst@parl.admin.ch oder 031 322 85 22
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**



Seitens der EU liegen zahlreiche Gesuche für eine weitere Annäherung der Schweiz an die EU auf dem Tisch

Institutionelle Fragen	Kohäsionszahlungen	Steuerfragen	Marktzugangsdossier	Kooperationsdossiers
Automatische Rechtsübernahme	Erweiterungsbeitrag für Kroatien	Unternehmensbesteuerung (EU Code of Conduct)	Erweiterung Personenfreizügigkeit auf Kroatien	Galileo Satellitennavigation
Unabhängige Überwachung der Umsetzung	CHF >1 Mia. für Beitrag an Abbau wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten in der EU	Zinsbesteuerungsabkommen / Automatischer Informationsaustausch	Strommarktliberalisierung	IT-Agentur (Visa Information System, Schengen Information System, Eurodac)
Gerichtl. Auslegung/Interpret.			Agrarfreihandel	Emissionshandel für CO ₂ Zertifikate
Streitschlichtung			Öffentliche Gesundheit	Zusammenarbeit Durchsetzung Kartellrecht
			Lebensmittel-/Produktsicherheit	EU Asylum Support Office
			REACH	Friedensförderung



Haben Sie Fragen?